

**Aufstellung des Bebauungsplanes „Egglfing Südwest“**
**Förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 3 Abs. 2 BauGB i. V. mit § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 26.04.2023 bis 29.05.2023; Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen**

Nr.	Fachstelle / Stellungnahme	Stellungnahmen	Beschlussvorschläge / Hinweise
Blatt 1	Stellungnahme Gesellschaft zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Regensburg mbH	Mit den Planungen besteht Einverständnis. Die ÖPNV Erschließung ist weitestgehend gesichert.	<u>kein Beschluss erforderlich</u>
Blatt 2	Stellungnahme REWAG	<p>Die REWAG nimmt zur Aufstellung des qualifizierten Bebauungsplans „Egglfing Südwest“ wie folgt Stellung:</p> <p><b>Sparten Erdgas</b>  Die REWAG plant eigenwirtschaftlich, keine weitere Gaserschließung. Sollte eine Erschließung, mit Kostenbeteiligung, gewünscht sein, wird die Wirtschaftlichkeit geprüft  <b>Ihr Ansprechpartner für Rückfragen: Herr Egersdörfer (0941 601—3472)</b></p> <p><b>Sparte Strom</b>  Der aufgezeigte Planungsbereich liegt außerhalb des Versorgungsgebietes der Regensburg Netz GmbH.  <b>Ansprechpartner für Rückfragen ist Herr Pfeifer (0941 601-3405)</b></p> <p><b>Sparte Telekommunikation</b>  Die REWAG plant eigenwirtschaftlich, keine Erweiterung des bestehenden Glasfasernetzes in den Gemeinden des Landkreis Regensburg. Vor Beginn der Maßnahme sind aktuelle Planunterlagen einzuholen und ggfs. eine örtliche Einweisung anzufordern.</p>	<p><b>Beschluss:</b></p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Bauleit- und Erschließungsplanung berücksichtigt.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>

		<p><b>Ansprechpartner für Rückfragen ist Herr Zweckerl (0941 601-3419)</b></p> <p>Das Versorgungsnetz der REWAG KG und der Regensburg Netz GmbH verändert sich stetig. Somit verändern sich auch die Netzparameter, wie z. B. Leistung, Spannung, Druck und Fließgeschwindigkeit. Diese Gegebenheit erfordert immer wieder neue Strategien in der Netzplanung und Netzberechnung. Folglich ist diese Stellungnahme nur zeitlich begrenzt gültig!</p> <p>Wir bitten Sie deshalb, uns weiterhin zeitnah an Ihren Planungen zu beteiligen und stehen Ihnen bei Ihren Fragen gerne zur Verfügung.</p>	<b>ohne Beschluss</b>
Blatt 3	Stellungnahme Regierung von Oberfranken Bergamt Nord- bayern	Nach den hier vorliegenden Unterlagen werden durch o.g. Vorhaben keine derzeit von der Regierung von Oberfranken -Bergamt Nordbayern- wahrzunehmenden Aufgaben berührt.	<b><u>kein Beschluss erforderlich</u></b>
Blatt 4	Stellungnahme Zweckverband zur Abwasserbe- seitigung im Pfat- tertäl	<p>Die nachfolgende Stellungnahme ist mit der VBA Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung im Pfattertal abgestimmt.</p> <p><b><u>1.) Anschluss- und Benutzungsrecht</u></b> Der Geltungsbereich des Bebauungsplans beinhaltet die Fl. Nr. 103212, 987 (TF), 1031 (TF), 1033 (TF), 1034 (TF), 1035 (TF), 1039 (TF), 1036/2 (TF) und Fl. Nr. 1050 (TF) jeweils der Gemarkung Köfering.</p> <p>Die Fl. Nr. 987 ist durch den Kanal sowie einem Grundstücksanschluß am Schmutzwasserkanal, die Fl. Nr. 1032/1 ist jeweils durch einen Grundstücksanschluß an dem Schmutzwasserkanal angeschlossen.</p> <p><b><u>Zu der Fl. Nr. 987 (TF)</u></b> Auf diesem Grundstück ist nach dem Bebauungsplanentwurf ein weiteres Wohngebäude zulässig. Mit den Grundstückseigentümern wurde im März 2022 eine Sondervereinbarung über die Erschließung sowohl für die Schmutz- als auch Niederschlagswasserkanalisation einschließlich der erforderlichen Sonderbauwerke geschlossen.</p>	

		<p><b><u>Zu der Fl.Nr. 1032/2</u></b></p> <p>Auf diesem Grundstück sind gemäß dem Bebauungsplanentwurf weitere Wohngebäude zulässig.</p> <p>Mit den Grundstückseigentümern wurde im März 2022 eine Sondervereinbarung über die Erschließung sowohl für die Schmutz-, als auch die Niederschlagswasserkanalisation einschließlich der erforderlichen Sonderbauwerke geschlossen. Diese Sondervereinbarung überträgt die Erschließungsmaßnahme auf die Grundstückseigentümer, welche auch die Kosten zu tragen haben. Die VBA als Kommunalunternehmer des AZV ist demnach in die Planung und Bauausführung einzubinden. Der Erschließungsträger kann nach Abschluss der Kanalbaumaßnahme die Übernahme der Anlagenteile durch den AZV beantragen, sofern diese Anlagenteile auf öffentlichen gewidmeten Grundstücken liegen oder eine dingliche Sicherung für den AZV durch den Erschließungsträger gestellt wird.</p> <p>Weiter wurde mit den Grundstückseigentümern im März 2022 eine Kostenübernahmeerklärung über die vorgezogene Errichtung des Schmutzwasserkanals in der Fl.Nr. 1027/2 im Zuge der Errichtung des Geh- und Radwegs nach Gebelkofen abgeschlossen. Der Bau dieses Abschnitts des Schmutzwasserkanals ist bereits erfolgt.</p> <p><b><u>Zu der Fl.Nr. 1031 (TF)</u></b></p> <p>Diese Teilfläche liegt im Außenbereich, daher besteht gemäß § 4 Abs. 2 EWS derzeit kein Anschlussrecht für diese geplanten Parzellen, was zur Folge hat, dass gemäß § 5 EWS auch kein Anschluss- und Benutzungszwang besteht.</p> <p>Mit dem Grundstückseigentümer wurde deshalb im März 2022 eine Sondervereinbarung über die Erschließung sowohl für die Schmutz- als auch Niederschlagswasserkanalisation einschl. der erf. Sonderbauwerke geschlossen. Diese Sondervereinbarung überträgt die Erschließungsmaßnahme auf den Grundstückseigentümer, welcher auch die Kosten zu tragen hat. Die VBA als Kommunalunternehmen des AZV ist demnach in die Planung und Bauausführung einzubinden. Der Erschließungsträger kann nach Abschluß der Kanalbaumaßnahme die Übernahme der Anlagenteile durch den ARV beantragen, sofern diese Anlagenteile auf öffentlichen, gewidmeten Grundstücken liegen oder eine dingliche Sicherung für den AZV durch den Erschließungsträger gestellt wird.</p>	
--	--	--	--

		<p>Weiter wurde mit dem Grundstückseigentümer im März 2022 eine Kostenübernahmeerklärung über die vorgezogene Errichtung des Schmutzwasserkanals in der Fl. Nr. 1027/2 im Zuge der Errichtung des Geh- und Radwegs nach Gebelkofen abgeschlossen. Der Bau dieses Abschnitts des Schmutzwasserkanals ist bereits erfolgt.</p> <p><b><u>2.) Ver- und Entsorgung</u></b></p> <p><u>Schmutzwasserentsorgung</u></p> <p>In der Begründung mit Umweltbericht <b>Pkt. 2.5</b> wird dargelegt, dass die Schmutzwasserentsorgung über den Anschluß an den vorhandenen Schmutzwasserkanal in der Obertraublinger Straße erfolgen soll. Dies ist umsetzbar.</p> <p><u>Niederschlagswasserentsorgung</u></p> <p>1. Gemäß der Begründung mit Umweltbericht Pkt. 2.5 soll das Niederschlagswasser auf den Privatgrundstücken in Zisternen gesammelt und für die Grauwassernutzung verwendet werden. Es werden Retentionszisternen empfohlen, jedoch nicht vorgeschrieben. Gemäß Text soll der Überlauf aus den Zisternen gedrosselt in den Niederschlagswasserkanal erfolgen. Dies ist ein Widerspruch, da eine normale Zisterne keinen gedrosselten Überlauf haben kann. Entweder ist eine Retentionszisterne vorgeschrieben oder die Bemessung des Niederschlagswasserkanals sowie die Bemessung des Volumens des geplanten Regenrückhalteteichs ist auf einen ungedrosselten Überlauf aus den Zisternen auszulegen.</p> <p>2. Gemäß Pkt. 7.2 der textlichen Festsetzungen und Hinweisen ist der gleiche Text wie vorstehend enthalten, somit ist auch hier der Widerspruch vorhanden.</p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p><b>Schmutzwasserentsorgung:</b></p> <p>Die Hinweise zur Schmutzwasserentsorgung werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p> <p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p>Der Einbau von Retentionszisternen wird festgesetzt.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>
--	--	--	--

		<p>3. Gemäß der Begründung mit Umweltbericht Pkt. 2.5 wird festgelegt, dass das in den privaten Zisternen gesammelte Niederschlagswasser für die Grauwassernutzung verwendet werden soll. Sollte damit auch die Verwendung z.B. als Toilettenspülwasser zu verstehen sein / geplant sein, muß aus Sicht des AZV darauf hingewiesen werden, dass sämtliches eingeleitete Schmutzwasser erfasst und als Grundlage der Schmutzwassergebührenermittlung heranzuziehen ist. Dies bedeutet bei dem Einsatz von Niederschlagswasser aus der Zisterne für die Toilettenspülung, dass diese Wassermenge durch einen separaten geeichten Wasserzähler zu erfassen ist.</p> <p>4. In der Begründung mit Umweltbericht Pkt. 2.5 wird auch auf eine mögliche Versickerung des Niederschlagswassers auf den Privatgrundstücken eingegangen. Hierzu ist anzumerken, dass das vorliegende Baugrundgutachten der IMH vom 11.04.2022 unter Pkt 7.9 aufzeigt, dass bei den Sickerversuchen keine Versickerung möglich war.</p>	<p>3. Unter Pkt. 6 der textlichen Hinweise wird darauf hingewiesen, dass sämtliches eingeleitetes Schmutzwasser erfasst und als Grundlage der Schmutzwassergebührenermittlung herangezogen wird. Weiterhin wird unter Pkt. 6 der textlichen Hinweise darauf hingewiesen, dass beim Einsatz von Niederschlagswasser aus Zisternen für die Toilettenspülung, diese Wassermenge durch einen separaten geeichten Wasserzähler zu erfassen ist.</p> <p>4. Der Absatz zur Versickerung unter Pkt. 2.5 der Begründung wird beibehalten, da eine Versickerung in geringem Umfang auch möglich ist, wenn auch rechnerisch nicht nachweisbar (Kleinstmenge).</p> <p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>
Blatt 5	Stellungnahme Zweckverband zur Wasserversorgung Regensburg-Süd	<p>Das Plangebiet Flur Nr. 1031/Tfl., Gemarkung Köfering, ist derzeit nicht durch eine Versorgungsleitung erschlossen.</p> <p>Der Zweckverband ist bereit die Parzellen Nr. 4, 5 und 6 an die öffentliche Wasserversorgung anzuschließen, wenn eine Sondervereinbarung nach § 8 WAS mit den Grundstückseigentümern abgeschlossen wird.</p> <p>Mittlerweile liegt eine unterzeichnete Sondervereinbarung des Grundstückseigentümers vor, sodass einer Erschließung der genannten Parzellen, nach Abstimmung mit der Gemeinde Köfering, nichts mehr im Wege steht.</p>	<b><u>kein Beschluss erforderlich</u></b>
Blatt 6	Stellungnahme	Zu im Betreff genannten Vorhaben wird aus wasserwirtschaftlicher Sicht wie folgt Stellung genommen:	

	Wasserwirtschaftsamt Regensburg	<p>Die Berücksichtigung unserer vorausgegangenen Stellungnahme wird begrüßt.</p> <p><u>Wasserversorgung:</u> Das Plangebiet befindet sich im Einzugsgebiet des Brunnens Obertraubling. In diesem Zusammenhang ist besonders darauf zu achten, nur unbelastetes Niederschlagswasser in den Boden zu versickern bzw. einzuleiten.</p> <p><u>Niederschlagswasser:</u> Die unter Punkt 7.2 getroffenen Festsetzungen zu versickerungsfähigen Bodenbelägen und den Bau von Zisternen werden ausdrücklich begrüßt. Nichtsdestotrotz ist möglichst viel Niederschlagswasser vor der Einleitung in den Lohgraben zurückzuhalten.</p> <p>Da im Mai und November 2022 Abstimmungen zur Niederschlagswasserbeseitigung stattgefunden haben, kann die Erschließung als gesichert betrachtet werden. Mit dem Vorhaben besteht somit aus wasserwirtschaftlicher Sicht Einverständnis.</p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der weiteren Bauleitplanung wie folgt berücksichtigt:</p> <p><u>Wasserversorgung:</u> In den Textlichen Festsetzungen unter Punkt 7.2 wird folgendes ergänzt: Aufgrund der Lage im Einzugsgebiet des Brunnens Obertraubling darf nur unbelastetes Niederschlagswasser in den Boden versickert bzw. eingeleitet werden.</p> <p><u>Niederschlagswasser:</u> Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>
Blatt 7	Stellungnahme Gemeinde Mintraching	Die Gemeinde Mintraching erhebt keine Einwände gegen o.g. Bauleitplanung.	<b><u>kein Beschluss erforderlich</u></b>
Blatt 8	Stellungnahme Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Von Seiten des AELF Regensburg-Schwandorf bestehen keine Einwendungen gegen die o.g. Planung.	<b><u>kein Beschluss erforderlich</u></b>
Blatt 9	Stellungnahme Vodafone	Von Seiten der Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH werden gegen die geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend gemacht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen der Vodafone GmbH. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist derzeit nicht geplant.	<b><u>kein Beschluss erforderlich</u></b>

Blatt 10	Stellungnahme Landratsamt Regensburg S31-2 Natur- und Umweltschutz Wasserrecht	Mit der Planung besteht Einverständnis.	<b><u>kein Beschluss erforderlich</u></b>
Blatt 11	Stellungnahme Landratsamt Regensburg S33-2 Natur- und Umweltschutz Umweltschutztechnik	<p>Auf die Stellungnahme, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung abgegeben wurde, darf verwiesen werden. Die Berücksichtigung der Anregungen hinsichtlich Eingrünung und Ausgleichsfläche 1 wird begrüßt. Ansonsten verbleibt es bei der grundsätzlichen Einstufung als fachliche Fehlentwicklung, wie in der Stellungnahme zur 14. Änderung des FNP dargelegt.</p> <p>Bitte folgende Hinweise zum Textteil berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-in Kapitel 10.1 bei Beschreibung der Ausgleichsmaßnahme E2 unter Pflege bitte den Ausdruck „Streuobstbäume“ durch „Streuobstwiese“ ersetzen.</li> <li>-in Kapitel 10.1 bei Auflistung der Arten für die Bepflanzung von Fläche E1 sollte die Esche nicht verwendet (Eschentriebsterben) und ggf. durch eine andere Art (2.8. Traubenkirsche) ersetzt werden. -bei Salix alba bitte den deutschen Namen in Silberweide berichtigen.</li> </ul>	<p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und bei der weiteren Bauleitplanung wie folgt berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-in Kapitel 10.1 bei Beschreibung der Ausgleichsmaßnahme E2 unter Pflege wird der Ausdruck „Streuobstbäume“ durch „Streuobstwiese“ ersetzt.</li> <li>-in Kapitel 10.1 bei Auflistung der Arten für die Bepflanzung von Fläche E1 wird die Esche durch die Traubenkirsche ersetzt.</li> <li>-bei Salix alba wird der deutsche Namen in Silberweide berichtet.</li> </ul> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>
Blatt 12	Stellungnahme Landratsamt Regensburg S44, Tiefbau, Kreisbauhof	<p>Mit der Planung besteht Einverständnis.</p> <p>Die Stellungnahme vom 20.01.2023 ist zu beachten.</p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>

Blatt 13	Stellungnahme Landratsamt Re- gensburg L 16 Kommunale Ab- fallentsorgung	<p>Zum vorgenannten Bauleitplan-Verfahren bzw. zur Befahrbarkeit der im o.g. Bebauungsplan vorgesehenen Straßenzüge durch Entsorgungsfahrzeuge (Restmüll, Altpapier, Sperrmüll usw.) wird nach Rücksprache mit dem derzeit zuständigen Entsorgungsunternehmen wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Aufgrund berufsgenossenschaftlicher Vorschriften dürfen Entsorgungsfahrzeuge (außer zu Wendezwecken) nur vorwärts fahren. Entsprechend dieser Regelungen müssen Sackgassen bzw. Stichstraßen, wenn sie befahren werden sollen, eine ausreichend große Wendemöglichkeit aufweisen. Der Minstdurchmesser, den ein heute üblicherweise eingesetztes Müllfahrzeug (mit drei- oder vier Achsen und einer Länge von rd. 11 m) für ein Wendemanöver benötigt, beträgt mindestens 18 m. Dabei muss der Mittelpunkt überfahrbar sein.</p> <p>Beim Befahren von Straßen muss außerdem sichergestellt sein, dass für die am Fahrzeug befindlichen Personen keine Quetschgefahr besteht. Zu diesem Zweck muss beiderseits des Entsorgungsfahrzeuges ein Freiraum von mindestens 0,5 m Breite vorhanden sein.</p> <p>Die Bereitstellung der im Rahmen des Holsystems zu entsorgenden Abfall- und Wertstoff-Fraktionen muss gem. § 15 ff. Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Regensburg (AWS) an anfahrbaren Stellen erfolgen.</p> <p>Privatgrundstücke oder Straßen, die keine öffentlich gewidmeten Straßen im Sinne des Straßen- und Wegerechts (Art. 3, 53 Bayer. Straßen- und Wegegesetz) sind, werden nur nach ausdrücklicher Beauftragung mit umfassender Haftungsfreistellung für den Landkreis Regensburg und die Entsorgungsunternehmen durch den/die Eigentümer befahren (§ 15 Abs. 7 AWS).</p> <p>Die Betrachtung des vorliegenden Bebauungsplanes unter den vorgenannten Gesichtspunkten führt deshalb zu folgendem Ergebnis:</p> <p>Die geplante Wendefläche ist für das vorgeschriebene Wendemanöver eines 3- bzw. 4-Achs-Müllfahrzeuges geeignet. Somit besteht mit der Planung Einverständnis. Es ist jedoch darauf zu achten, dass der Wendebereich jederzeit frei von Hindernissen (parkenden Fahrzeugen, Schneelägern, etc.) gehalten wird.</p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p>In Pkt. 15 der textlichen Hinweise wird ergänzt: Es ist darauf zu achten, dass die Wendefläche am südlichen Ende der Planstraße A jederzeit frei von Hindernissen (parkenden Fahrzeugen, Schneelägern, etc.) zu halten ist.</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>



Blatt 14	Stellungnahme Landratsamt Re- gensburg, L 18 Fachreferent für Denkmalschutz	Mit der Planung besteht Einverständnis.	<b><u>kein Beschluss erforderlich</u></b>
Blatt 15	Stellungnahme Landratsamt Re- gensburg S41, Bauleitplanung	<p>Die seitens des Sachgebietes S 41, Bauleitplanung, in der Stellungnahme vom 05.01.2023 vorgebrachten Einwendungen wurden größtenteils in den Entwurf eingearbeitet. An den nicht eingearbeiteten Einwendungen wird weiterhin festgehalten, insbesondere zur Festsetzung der Höhenlage.</p> <p>Das Sachgebiet Bauleitplanung weist im Schreiben vom 26.06.2023 auf Seite 2 daraufhin, dass die Stellungnahmen keine vollumfängliche Prüfung der Planunterlagen darstellt. Es wird der Fokus ausschließlich auf die Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen gesetzt. Es erfolgte somit auch keine Prüfung und Begründung.</p> <p><u>Textliche Festsetzungen:</u></p> <p><b>1        Bauliche Nutzung</b></p> <p><b>1.5      Flächen für Nebenanlagen, Garagen / Carports und Stellplätze</b></p> <p>Entlang öffentlicher Flächen ist aus Unterhaltsgründen ein <u>seitlicher Abstand von mind. 0,70 m</u> einzuhalten.  → zeichnerische Darstellung fehlt!</p>	<p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen bei der weiteren Bauleitplanung wie folgt berücksichtigt:</p> <p><u>Textliche Festsetzungen:</u></p> <p><b>1        Bauliche Nutzung</b></p> <p><b>1.5      Flächen für Nebenanlagen, Garagen / Carports und Stellplätze</b></p> <p>Baufenster für Garagen / Carports und Stellplätze liegen nicht weniger als 70 cm von öffentlichen Flächen entfernt, daher wird auf eine zeichnerische Darstellung des Abstandsmaßes verzichtet.</p>

		<p>Bei der Grenzbebauung mit Garagen und Nebenanlagen mit nicht mehr als <u>50 m<sup>2</sup></u>  → Begründung fehlt! ...  ... sind insbesondere die Regelungen des Art.6 Abs. 9 → 7 ...  ... Nr.1 Bayerische Bauordnung (BayBO) zu beachten.</p> <p><b>3      Abstandsflächen</b>  Es gelten die Abstandsflächenvorschriften der Bayerischen Bauordnung (BayBO);  Art. 6 Abs. 5 Satz 3 BayBO findet keine Anwendung. Als unterer Bezugspunkt für  die Ermittlung der Abstandsflächen ist aufgrund der gewählten Baufenstergrößen  und der folglich variablen Höhenlage die <u>unter Ziff. 5 festgelegte</u>, fertige Gelände-  oberfläche festgelegt. → u.E. weiterhin nicht ausreichend festgesetzt -&gt; wir verwei-  sen auf unsere Stellungnahme zu §4.1.</p> <p><u>Planzeichnung:</u></p> <p>Verfahrensvermerke:</p> <p>7. Ausfertigung fehlt!</p>	<p>Der Absatz wird wie folgt korrigiert:  Bei der Grenzbebauung mit Garagen und Ne-  benanlagen mit nicht mehr als 50 m<sup>2</sup> sind insbe-  sondere die Regelungen des Art.6 Abs. 7 Nr.1  Bayerische Bauordnung (BayBO) zu beachten.</p> <p>Die zulässige Fläche von 50 m<sup>2</sup> für Garagen und  Nebengebäude wurde gewählt, weil gem. Art. 6  Abs. 7 Nr. 1 bei einer max. zulässigen Gebäude-  länge entlang der Grundstücksgrenze von 9 m  sich damit noch eine praktikable Gebäudetiefe  von 5,56 m ergibt. Zudem bleiben gem. Art. 57  Abs. 1 Nr. 1 (b) Garagen und Nebengebäude bis  zu 50 m<sup>2</sup> verfahrensfrei.</p> <p><b>3      Abstandsflächen</b>  Die Festsetzungen in Ziff. 3 werden als ausrei-  chend erachtet.</p> <p><u>Planzeichnung:</u></p> <p>Verfahrensvermerke:</p> <p>7. Ausfertigung wird ergänzt.</p> <p>Legende:</p>
--	--	--	--

		<p>Legende:</p> <p>Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (s. textliche Festsetzungen Ziff. 8.1)          = aktiver Lärmschutz          Planzeichen zu Ziffer 8.2 (passiver Lärmschutz) fehlt!</p>	<p>Die Beschreibung wird wie folgt korrigiert:          Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (s. textliche Festsetzungen Ziff. 8.1 und 8.2)</p> <p><b>Abstimmungsergebnis: 14:0</b></p>
<p>Keine Stellungnahme haben abgegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bayernwerk</li> <li>- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege</li> <li>- Regierung Oberpfalz</li> <li>- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung</li> <li>- Bayerische Staatsforsten</li> <li>- Amt für Ländliche Entwicklung</li> <li>- Deutsche Telekom Technik Süd</li> <li>- Regensburger Verkehrsverbund</li> <li>- Industrie- und Handelskammer</li> <li>- Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz</li> <li>- Gemeinde Alteglofsheim</li> <li>- Bayer. Bauernverband</li> <li>- FFW Köfering</li> <li>- Schulverband Alteglofsheim-Köfering</li> <li>- Kreisjugendring</li> <li>- Laber-Naab Infrastruktur GmbH</li> </ul>			